



Bern-Wabern, 14. März 2019

---

## **Notiz Irak**

**Die Lage in den kurdischen Gebieten**  
Referat von Inga Rogg (Neue Zürcher Zeitung)  
im SEM vom 4. Dezember 2018

---

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	3
2.	Hintergrund: Der Nordirak 1991 bis 2003.....	3
3.	Die «umstrittenen Gebiete» und die irakische Region Kurdistan .....	4
4.	Ursprünge des Wiedererstarkens der al-Qaida .....	5
5.	Der Fall Mosuls (2014) und die Folgen.....	5
6.	Der IS-Vorstoss auf Sinjar (August 2014) und die Milizen ( <i>al-Hashd al-Shabi, Popular Mobilisation Units</i> ) .....	7
7.	Das Unabhängigkeitsreferendum (September 2017) .....	7
8.	Pressefreiheit in der irakischen Region Kurdistan .....	9
9.	Halabja .....	9
10.	Bewegungsfreiheit und Einreise in die Region Kurdistan.....	10
11.	Die Wirtschaftslage in der Region Kurdistan .....	11

## 1. Einleitung

Inga Rogg ist Nahostkorrespondentin der *Neuen Zürcher Zeitung* und der *NZZ am Sonntag*. Von 2003 bis 2012 lebte sie in Bagdad. Seit 2012 arbeitet sie von Istanbul aus und bereist regelmässig den Irak.

Diese Notiz fasst Frau Roggs Referat am SEM vom 4. Dezember 2018 zusammen und gibt ihre Sichtweise wieder. Der Inhalt muss nicht der Meinung des Staatssekretariats für Migration SEM entsprechen.

Der vorliegende Text wurde von Frau Rogg zur Veröffentlichung freigegeben.

## 2. Hintergrund: Der Nordirak 1991 bis 2003

Viele und vor allem die Kurden behaupten, der Irak sei ein gescheiterter Staat. Fast jeder Kurde sagt mir, dass Sykes und Picot im Jahre 1916, als sie sich auf neue Grenzen im Nahen Osten einigten, dies ohne Rücksicht auf die Realitäten und vor allem auf die Kurden taten. Dadurch sei «Gross-Kurdistan», von dem viele Kurden träumen, geteilt worden. Später, als Woodrow Wilson seinen 14-Punkte-Plan aufstellte, sei ihnen ein eigener Staat versprochen worden, ein Versprechen, das nicht erfüllt worden sei. Die Realität ist etwas anders, differenzierter, komplizierter. Ich sage das so, weil es frustriert, dass historische Fakten nicht darüber entscheiden, wie sich Konflikte entwickeln. Sie entscheiden vor allem nicht darüber, wie sich Minderheiten, Mehrheiten im Nahen Osten definieren. Den kurdischen Nationalismus und das kurdische Unabhängigkeitsstreben gibt es. Im Irak und selbst in der Türkei, wo viele Kurden mit minimalen Rechten zufrieden wären, wird Ihnen jeder Kurde auf die Frage «Wollt ihr einen eigenen Staat?» antworten: «Das ist unser grosser Traum.» Solange es nicht zumindest eine gewisse Form der Autonomie oder eine sonstige Festschreibung der Rechte der Kurden gibt, wird es auch im Nahen Osten kurdische Aufstände in irgendeiner Form geben – sei es im Irak, im Iran oder in der Türkei.

Die Kurden im Irak kamen ihrem Ziel, einen eigenen Staat zu gründen, von allen kurdischen Gruppen am nächsten. 1991/92 zog der damalige irakische Präsident Saddam Hussein aus dem Nordirak ab, worauf die Region unter kurdische Verwaltung kam. Darauf bekämpften sich Mitte der 1990er Jahre die beiden grossen kurdischen Parteien – die *Kurdistan Democratic Party* (KDP) von Masud Barzani und die *Patriotic Union of Kurdistan* (PUK) von Jalal Talabani – gegenseitig. So viel zur kurdischen Einheit. Unter dem Druck der US-Amerikaner legten die Kurden den Konflikt zwischen KDP und PUK bei. Wirklich Frieden gab es in den kurdischen Gebieten jedoch nicht. Es gab einen Waffenstillstand und zwei getrennte Verwaltungen: Die eine in der heutigen Regionalhauptstadt Erbil sitzend, die andere in Suleimaniya. Suleimaniya im Osten der Region ist bis heute PUK-Hochburg. Der Westen um Erbil und der Norden um Dohuk sind KDP-Hochburgen. Der Konflikt war eingefroren.

Als die US-Amerikaner Saddam 2003 stürzten, wurden die Kurden in die Entwicklung des neuen Staates (des «Post-Saddam-Iraks») eingebunden. Die Kurden haben eine sehr wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der Verfassung gespielt. Sie haben hohe Regierungspositionen eingenommen, z. B. Ministerämter oder in den Sicherheitskräften. Den innerkurdischen Konflikt exportierten PUK und KDP in gewisser Weise nach Bagdad. Talabani wurde Staatspräsident des Iraks, und Barzani Präsident von Kurdistan, in der irakischen Verfassung nun offiziell als förderale «Region Kurdistan» anerkannt. Die innerkurdische Machtfrage zwischen PUK und KDP war damit erst einmal gelöst.

### 3. Die «umstrittenen Gebiete» und die irakische Region Kurdistan

Nicht gelöst wurde mit dieser Neuordnung und der Verfassung von 2005 die grosse Streitfrage, aufgrund derer alle kurdischen Aufstände im Irak niedergeschlagen worden sind und an der eine Lösung des Konfliktes mit dem Saddam-Regime gescheitert war: die Frage der «umstrittenen Gebiete» und dabei vor allem von Kirkuk. Die Kurden betrachten Kirkuk, wo ausser Kurden auch Araber und Turkmenen leben, als kurdische Stadt. In den letzten 50 Jahren haben sie verschiedene Anläufe mit dem Ziel unternommen, Kirkuk an Kurdistan anzugliedern. Der Widerstand der US-Amerikaner war jedoch viel zu gross. Man einigte sich darauf auf einen «Normalisierungsprozess» einzuleiten, welcher in Artikel 140 der Verfassung enthalten ist. Saddam Hussein hatte Araber angesiedelt, Kurden waren vertrieben, kurdische Kleinstädte und Dörfer im Umland zerstört worden («Arabisierung»). Dieses Unrecht sollte wiedergutmacht werden. Später sollte ein Zensus abgehalten werden, da die letzte Volkszählung 1957 stattgefunden hatte. Auf dieser Basis sollte ein Referendum darüber abgehalten werden, ob Kirkuk Bagdad unterstehen oder Teil der Region Kurdistan werden soll. Die Kurden beklagen, dass Artikel 140 nie umgesetzt wurde. Das ist nicht ganz richtig. Er wurde zum Teil umgesetzt. Um das erlittene Unrecht «wiedergutzumachen», vertrieben die Kurden teilweise Araber, die dort angesiedelt und deren Kinder in Kirkuk geboren worden waren, aus Kirkuk. In dieselbe Zeit fällt das Gemisch von Aufstand, Unruhen, Anschlägen, welches den Boden für den Aufstieg der Terrororganisation al-Qaida im Irak führte. Den US-Amerikanern ging es vor allem darum zu verhindern, dass Kirkuk explodiert, weshalb sie die Kurden gewähren liessen.

Seit den Lokalwahlen 2005 waren die Kurden an der Provinzregierung in Kirkuk beteiligt. Am Wahltag wurden massenhaft Kurden aus der Region Kurdistan nach Kirkuk geschickt. Ich war an mehreren Wahlgängen dabei und habe das gesehen. Kurden erzählten mir stolz: «Ich habe zwanzigmal gewählt.» Auf diese Weise gewannen sie einen überproportional hohen Anteil an Sitzen. Diesen Einfluss haben sie genutzt, um zentrale Posten (z. B. Gouverneur) zu besetzen. Gleichzeitig musste auch dem Konflikt zwischen KDP und PUK Rechnung getragen werden. Wurde z. B. ein PUK-Mitglied Polizeichef, so besetzte die KDP den Posten des Geheimdienstchefs.

Zeitgleich haben die Kurden eine parallele Sicherheitsinfrastruktur in Kirkuk aufgebaut. Sunniten und Araber wurden unter dem Vorwurf des Terrorismus verhaftet und verschwanden zum Teil jahrelang. Man konnte Familien treffen, die nach ihren Angehörigen suchten, dabei von Pontius zu Pilatus geschickt wurden, ohne diese zu finden. Die Verhafteten wurden aber nicht einfach umgebracht, wie das jetzt im Zuge des Kriegs gegen die Organisation «Islamischer Staat» (IS) zum Teil passiert ist, wo Gefangene einfach erschossen wurden. Vielmehr verschwanden sie einfach, und man wusste nicht, wo sie waren. Damit haben die Kurden in Kirkuk zur Destabilisierung des Iraks beigetragen, indem sie den Unmut der Sunniten mitschürten. Ungefähr 20 km südwestlich von Kirkuk liegt die Kreisstadt Hawija, welche eine Hochburg der Untergrundkämpfer war. Von dort aus war es einfach, Autobomben nach Kirkuk zu schicken. Indem die Kurden mit harter Hand gegen die Araber vorgingen, um zu ihrem Recht zu kommen, haben sie diesen sunnitischen Aufstand und damit auch den sunnitischen Terrorismus mitgeschürt.

Von den «umstrittenen Gebieten» zu unterscheiden ist die Region Kurdistan. Im Prinzip handelt es sich dabei um die drei Provinzen Erbil, Dohuk und Suleimaniya, welche von den Kurden kontrolliert wurden, als die US-Amerikaner 2003 in den Irak einmarschierten. Kurdistan ist als eigene Region in der Verfassung anerkannt und mehr als ein Autonomiegebiet. Sie ist eine Art Freistaat. Im Umland von Mosul und Kirkuk gibt es Gegenden, die mehrheitlich kurdisch sind. Weder Araber noch Turkmenen haben dort mit der kurdischen Kontrolle ein Problem. In Kirkuk sowie den ethnisch und religiös gemischten Gebieten gibt es dagegen Widerstand, da die Kurden hier mit ihrer harten Politik für Unmut gesorgt haben.

Nach 2003 blühte Kurdistan auf. Die Kurdische Regionalregierung (KRG) betreibt heute eine eigene Ölpolitik und schliesst Ölverträge unabhängig von Bagdad ab. Firmen und Investitionen kamen aus dem Ausland, wodurch sehr viel Geld in die Region floss. Manche Araber sagen:

«Wenn man nach Bagdad kommt, funktioniert nichts. Wenn man nach Kurdistan kommt, funktionieren die Dinge.» Die Grundversorgung war zwar jahrelang nicht gewährleistet. Aber die Verwaltung funktioniert grundsätzlich und man sah den Wiederaufbau – im Gegensatz zur Lage in Kirkuk. Obwohl die Stadt neben Basra die zweitwichtigste Ölproduzentin des Landes ist, hat es in Kirkuk jahrelang gedauert, bis irgendetwas vorwärtsging. In Kurdistan hat die Stabilität den Konflikt zwischen PUK und KDP zwar nicht gelöst, aber es gab Wahlen, das Parlament funktionierte, beide Parteien haben gemeinsam regiert. Sobald man die Region verliess, änderte sich das Bild: Dort stellten die Kurden keinen Stabilitätsfaktor, sondern einen destabilisierenden Faktor dar – was sie meines Erachtens auch bis heute weiter tun. Auch die Nachbarländer spielen eine Rolle: Der Iran im Osten, die Türkei im Norden, die sunnitischen Herrscher am Golf, die jeweils «ihre» Parteien oder Ethnien unterstützten und damit die innerethnischen oder zwischenreligiösen Konflikte mitgeschürt haben.

#### 4. Ursprünge des Wiedererstarkens der al-Qaida

Nach dem Abzug der US-Amerikaner herrschte bei den Schiiten die Angst vor einem wiedererstarkenden, autoritären, sunnitischen Staat. Kaum waren die US-Soldaten im Dezember 2011 abgezogen, ging Premierminister Nuri Maliki (2006-2014), ein schiitischer Hardliner, hart gegen die Sunniten vor. Es ging um die eigene Machtsicherung im schiitisch-sunnitischen Konflikt, wobei Maliki zu keinerlei Kompromissen bereit war. Dies zeigte sich bei seinem Umgang mit sunnitischen Protesten in der westirakischen Provinz Anbar, vor allem aber in Hawija. Maliki liess diese Proteste niedergeschlagen. In Hawija kamen dabei über 50 Personen ums Leben.

Diese Politik Bagdads – Verteidigung der schiitischen Vorherrschaft – gepaart mit den Anstrengungen der Kurden, die «umstrittenen Gebiete» unter ihre Kontrolle zu bringen und diese zu zementieren, haben zur Radikalisierung des sunnitischen Aufstandes und dem Erstarken der al-Qaida beigetragen. Die Terrororganisation war beim Abzug der US-Amerikaner weitgehend geschlagen. Nur in einem kleinen Tal am Euphrat im West-Irak, an der irakisch-syrischen Grenze, gab es noch versprengte al-Qaida-Zellen. Gebannt war die von ihr ausgehende Gefahr hingegen nicht. Wäre man politische Kompromisse eingegangen und hätte man in den Wiederaufbau investiert, so hätte sich die Situation eher positiv entwickelt. Stattdessen verfolgten sowohl Maliki wie die Kurden ihre eigenen Ziele.

Zu diesen innerirakischen Entwicklungen kamen die Aufstände in der arabischen Welt, besonders in Syrien (ab 2011). Die Schiiten im Irak gerieten in Panik, da sie Angst vor einem *Rollback* im eigenen Land hatten. Diese Kombination aus inner- und ausserirakischen Faktoren hat dazu geführt, dass al-Qaida im Irak wieder erstarken konnte: Führungskräfte der al-Qaida wurden aus Gefängnissen befreit und konnten sich reorganisieren. Andere sunnitische Gruppen aus dem Umfeld des ehemaligen Regimes taten sich mit der al-Qaida zusammen. Auf diese Weise entstand die Gruppierung, welche wir heute als «Islamischer Staat» (IS) kennen.

#### 5. Der Fall Mosuls (2014) und die Folgen

Ende April 2014 wurde im Irak ein neues Parlament gewählt. Wir Beobachter wussten, dass der Irak auf der Kippe stand und befürchteten, ein ähnlich gravierendes Ereignis wie der Anschlag 2006 auf den Schrein in Samarra, ein grosses, wichtiges Heiligtum der Schiiten nördlich von Bagdad, könnte zu einer Explosion der Spannungen führen. Im Vergleich zur täglichen Gewalt in Bagdad oder im Irak hatte der Angriff auf dieses symbolisch wichtige Heiligtum zwar nicht so viele Tote gefordert, doch hatte es die Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten entfacht. Die Schleusen des Bürgerkriegs waren aufgebrochen.

2014 hatten wir in Bagdad ein ähnliches Gefühl: Wird es wieder einen Anschlag auf ein schiitisches Heiligtum geben? Wird der gleiche Krieg wie 2006 aufflammen? Unter diesen

Vorzeichen fanden die Wahlen vom 30. April 2014 statt und gingen gut über die Bühne. Die Iraker haben viel Erfahrung, unter absolutem Ausnahmezustand zu wählen. Es wird immer gesagt, der Irak sei keine Demokratie. Ich sehe das ein bisschen anders. Die Leute wollen eine Demokratie und nehmen Wahlen ernst. Maliki erzielte mit den schiitischen Parteien zusammen eine Mehrheit.

Damals sagten man über Mosul: «Tagsüber wird die Stadt von der Regierung und nachts von der Qaida kontrolliert.» Als Journalisten hatten wir Probleme, überhaupt in die Stadt hineinzukommen, sofern wir es überhaupt schafften. Nachts bewegte sich da niemand auf der Strasse. Diese war absolut ausgestorben. Schiitische Sicherheitskräfte gängelten die Sunniten an den Checkpoints. In Mosul war eigentlich ein Grossaufgebot von 30'000 Soldaten und Polizisten stationiert: Bundespolizei, Armeeeinheiten, Eliteeinheiten.

Plötzlich mitten in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni 2014 - irgendwann zwischen 23 Uhr und 4 Uhr morgens - griffen Extremisten die Stadt an. Die Zahl der Angreifer - 500 ist die höchste Zahl, die ich verifizieren konnte - stand in keinem Verhältnis zu den 30'000 Sicherheitskräften. Aber diese Soldaten und Polizisten sind einfach abgezogen - nicht alle, aber viele. Mir sagten Leute: «Ich bin ins Bett gegangen. Da gab's noch die Checkpoints. Die Armee war noch da. Ein paar Stunden später guckte ich zum Fenster raus, da war niemand mehr da.» Was war genau passiert? Zum Teil kam der Befehl zum Rückzug von oben. Dennoch gab es Einheiten, die bis zum Schluss gekämpft haben. Generell jedoch zogen sich die irakischen Sicherheitskräfte zurück, was ISIS (wie der «IS» zu jener Zeit hiess) den Weg zur Eroberung der bevölkerungsmässig zweitgrössten Stadt des Landes sowie den Durchmarsch bis Tikrit bahnte. Anbar und der West-Irak waren damals schon seit längerem nicht mehr unter Regierungskontrolle.

Die Regionen nördlich von Mosul, wo viele Christen leben, östlich und westlich der Stadt sowie Sinjar (Siedlungsgebiet der Jesiden) waren offiziell unter der Kontrolle Bagdads. Dort hatte man sich auf gemeinsame Checkpoints mit Peshmerga (wie sich die kurdischen Kämpfer nennen) und irakischen Soldaten geeinigt. Unmittelbar nach dem Fall Mosuls und dem Rückzug der irakischen Sicherheitskräfte aus der Stadt haben die Kurden die «umstrittenen Gebiete» definitiv unter ihre Kontrolle gebracht. Um Mosul herum sind Barzanis Peshmerga vorgerückt, um den Mosul-Staudamm zu besetzen, sodass im Prinzip bis kurz vor Mosul alles kurdisch kontrolliert war. Kirkuk kam komplett unter kurdische Kontrolle, womit die Kurden eigentlich an ihrem Ziel waren. Die Gebiete, die sie für sich beanspruchten, waren jetzt – nicht offiziell, aber faktisch – Teil des kurdischen Teilstaats.

Ich bin Anfang Juni 2014 mit einem Kollegen durch die Ninive-Ebene – so nennt sich das Gebiet um Mosul herum – gefahren. Diese muss man sich so vorstellen: Die Landschaft ist hügelig, sehr weit, abgesehen von kleinen Ortschaften nicht dicht besiedelt, somit nur schwer kontrollierbar. An strategischen Punkten hatten Peshmerga-Einheiten Checkpoints errichtet. Wir fragten den Kommandanten einer Peshmerga-Eliteeinheit: «Wie wollt ihr euch verteidigen, wenn der IS angreift?» «Wir rücken hier nicht ab», lautete die Antwort. Mit stolz geschwellter Brust erklärte man uns: «Wir sind die Peshmerga. Peshmerga heisst «die, die dem Tod ins Auge sehen», und das werden wir auch tun. Wir werden vor diesen Terroristen, keinen Millimeter zurückweichen.» Freiwillige unter den Kurden wurden zu den Waffen gerufen.

Letztlich entstand eine Art unausgesprochenes *Gentlemen's agreement*: Die Peshmerga haben den IS nicht angegriffen, und umgekehrt griff der IS die Kurden nicht an, d. h. es gab einen faktischen Waffenstillstand. Mit dem Kollegen fuhr ich bis zum letzten Checkpoint in den Osten Mosuls, von wo wir dem IS zuwinken konnten. Nördlich von Mosul haben wir das gleiche mit Begleitschutz gemacht. Da wurde der IS allerdings etwas nervös, weil zu viele Leute an den Checkpoints waren. Irgendwann rief dann auch jemand von der IS-Seite an und warnte uns vor Scharfschützen. Abgesehen von solchen Vorfällen war es an den Fronten ruhig. In Kirkuk war es so, dass auch die Araber und die Turkmenen froh waren, dass die Peshmerga die Stadt übernommen hatten, weil sie nicht unter IS-Kontrolle kommen wollten. Das haben mir damals alle bescheinigt. Zu diesem Zeitpunkt haben wir auch keine Klagen über illegale Festnahmen gehört.

Zusammengefasst: In Kirkuk waren alle froh, dass die Kurden die Kontrolle übernommen hatten und um Mosul herum herrschte diese Art Waffenstillstand. Als wir der Frontlinie im Juni 2014 entlangfuhren, war uns jedoch auch klar, dass die Peshmerga diese Gebiete nicht würden halten können, sollte der IS sie angreifen.

## 6. **Der IS-Vorstoss auf Sinjar (August 2014) und die Milizen (*al-Hashd al-Shabi, Popular Mobilisation Units*)**

Am 3. August 2014 erfolgte der Grossangriff des IS auf die Jesiden in Sinjar sowie auf die Christen um Mosul, wobei die Terrororganisation fast bis Erbil vorrückte. Fünf Tage später griff der US-amerikanische Präsident Obama in den Konflikt ein, indem er die Bombardierung des IS befahl. Gleichzeitig rückten alle Bewaffneten, die man sich in Kurdistan vorstellen kann, gegen den IS vor. In Sinjar geschah dies vor allen Dingen von Syrien her durch die syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG). Die türkisch-kurdische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hatte schon immer (neben ihrem Hauptquartier in den Qandil-Bergen im Nordosten der Region Kurdistan) einen kleinen Stützpunkt in Sinjar. Nun taten die PKK-Kämpfer und -Kämpferinnen, was jahrelang nicht vorstellbar war: Sie kamen aus den Bergen herunter und kämpften u. a. einen Korridor aus Sinjar nach Syrien frei. Über diesen Umweg konnten viele Jesiden nach Dohuk fliehen. Auch nördlich von Kirkuk beteiligte sich die PKK am Kampf gegen den IS. Darüber hinaus beteiligten sich auch iranisch-kurdische Kämpfer.

Der IS wurde im Irak am Ende unter hohen Verlusten besiegt. Er kontrolliert heute kein Territorium mehr. Die irakische Antiterrorereinheit soll ein Viertel ihrer Männer verloren haben, die Armee- und Polizeieinheiten sowie die Milizen erlitten ebenfalls hohe Verluste, genaue Opferzahlen gibt es allerdings nicht. Auf kurdischer Seite wurden ungefähr 1'800 Peshmerga getötet. Zum Vergleich: Die US-Amerikaner haben während ihrer achtjährigen Präsenz von 2003 bis 2011 knapp 4'500 Soldaten verloren. Nicht zu vergessen sind die enormen Verluste unter der Zivilbevölkerung und die Zerstörungen: Der Westen von Mosul, die Altstadt, ist komplett zerstört. Der Ostteil ist weniger beschädigt.

Einige der Gebiete, in denen der IS herrschte, werden heute von schiitischen Milizen kontrolliert. Diese verdanken dem IS die Massenmobilisierung, welche verhinderte, dass der IS Bagdad einnehmen konnte. Manche strategisch wichtigen Orte sind heute unter Kontrolle dieser Milizen selbst, oder sie haben lokal unter den einheimischen Minderheiten – sei es den Christen, den Jesiden oder den Shabak – rekrutiert und ihre Protomilizen aufgebaut. Diese stehen im Grunde genommen unter dem Oberkommando der grossen Milizen wie z. B. den Badr-Einheiten, die mit dem Iran verbündet sind.

## 7. **Das Unabhängigkeitsreferendum (September 2017)**

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Niederlage des IS hielten die Kurden im September 2017 ein Referendum über die Unabhängigkeit vom Irak ab. Treibende Kraft hinter diesem Vorstoss war der Präsident der kurdischen Partei KDP und damaliger Regionalpräsident von Kurdistan, Masud Barzani. Das Resultat war ein Desaster. Vergleichen wir die Zahlen: Da die Bewohner der «umstrittenen Gebiete» ins Referendum einbezogen wurden, betrug die Zahl der Wahlberechtigten rund 4.5 Millionen. Bei den Regionalwahlen vom September 2018, die nur innerhalb von Kurdistan abgehalten wurden, gab es hingegen 3.5 Millionen Wahlberechtigte. Daran zeigt sich, dass diesem Referendum jegliche rechtliche Grundlage fehlte: Leute wurden zur Abstimmung gerufen, die zum Teil gar nicht in der offiziell anerkannten Region Kurdistan lebten.

Für die Kurden war der Verlust enorm. Als Reaktion auf das Referendum wurden die Grenzen und Flughäfen kurzfristig geschlossen. Der irakische Premierminister Haider al-Abadi (2014-2018) schickte Truppen nach Kirkuk, vertrieb die Kurden aus der Stadt und eroberte sie zurück. Die Kurden haben teuer für ihr Referendum bezahlt. Viele unter ihnen sagen heute: «Wir

hatten doch eigentlich einen eigenen Staat. Und dann hatten wir auf einmal nichts mehr.» Etliche Rechte, die sich die Kurden auf politischem Weg oder im langen bewaffneten Kampf gesichert hatten, haben sie nach dem Referendum wieder verloren.

Inzwischen haben die USA, die Europäer und die UNO vermittelt, was zu einer Normalisierung geführt hat. Man kann wieder nach Erbil fliegen. Aber *Turkish Airlines* zum Beispiel fliegt nach wie vor nicht nach Suleimaniya.<sup>1</sup> Mir wurde gesagt, dass die Wirtschaft in Suleimaniya um 25% eingebrochen sei. Bestätigen kann ich dies nicht, aber die Veränderungen sind spürbar. Der ganze Bauboom ist vorbei, es herrscht Stillstand, unfertige Ruinen bleiben zurück. Der wichtigste Arbeitgeber ist mit der KRG der Staat, welcher zum Teil keine Gehälter bezahlen kann.

Weder die Türkei noch der Iran haben die Grenzen wirklich je ganz dichtgemacht. Die Türkei hat den Grenzverkehr zwar gedrosselt, aber nie ganz eingestellt. Dies wäre auch nicht im Interesse der Türkei gewesen, da beide Seiten gute Geschäfte machen. Da es der Türkei inzwischen wirtschaftlich selbst nicht so gut geht, braucht sie diese Exporte. Die Gefahr, dass die Grenze vollständig geschlossen wird, sehe ich deshalb nicht. Die Normalisierung der Lage wird jedoch noch einige Zeit dauern. Obwohl Masud Barzani die Unabhängigkeit forderte, hat die KDP im Mai 2018 an den irakischen Parlamentswahlen teilgenommen und ist auch an der neuen Regierung beteiligt. Sein ehemaliger Stabschef Fuad Hussein ist heute Finanzminister. Für die PUK hat Barham Salih das Amt des Staatspräsidenten übernommen. Somit haben wir eigentlich wieder die Konstellation von *ante* IS.

Es gibt keine Minderheitenverfolgung in der Region Kurdistan. Die Minderheiten – z. B. die Christen in Erbil – sind geschützt. Die Jesiden jedoch werden jetzt das fünfte Jahr in Folge in Flüchtlingslagern leben. Sie können und werden nicht nach Sinjar zurückgehen. Die Peshmerga haben sie nicht vor dem Überfall des IS beschützt, arabische Nachbarn waren an den Verbrechen gegen sie beteiligt. Dadurch ist das Vertrauen in die Araber und teilweise auch in die kurdische Regionalregierung verloren gegangen. Die meisten Jesiden wollen nicht, dass die arabischen Nachbarn zurückkehren; viele ihrer Häuser sind zerstört. Die Stadt Sinjar ist eine Trümmerwüste. Der Wiederaufbau wird viel Geld erfordern. Eigentlich müsste der irakische Staat für den Wiederaufbau sorgen. Doch in Sinjar machen sich nun drei Kräfte den Einfluss streitig: Barzanis KDP, die PKK und schiitische Milizen. Die Jesiden werden dazwischen zerrissen. Parallel dazu macht die Türkei von Norden Druck, indem sie die PKK in Sinjar bombardiert und Präsident Recep Tayyip Erdogan immer wieder mit einem militärischen Einmarsch in den Irak droht. Wer ein Trauma wie den Angriff des IS auf die Jesiden in Sinjar erlebt hat, geht nicht dahin zurück, wo ihm neue Gefahren drohen können. Die Jesiden wollen Sicherheitsgarantien und internationalen Schutz – aber sie wissen, dass sie diesen nicht bekommen werden. Viele sehen deshalb keine Zukunft für sich und ihre Kinder im Irak. Deshalb flieht, wer kann, ins Ausland.

Die Lage der Christen ist eine andere. Sie erhalten viel finanzielle Unterstützung (z. B. aus der Diaspora, durch Investitionen, Geldsammlungen), wie ich vor ein paar Wochen östlich der Stadt Mosul sehen konnte. Es gibt kirchliche Netzwerke, über welche Gelder fließen. Als ich 2017 in dem Gebiet war, sah ich keine Menschenseele, überall waren Sprengfallen, die Kirchen zerstört. Nun sind Leute zurückgekehrt, wenn auch nur maximal ein Drittel der Bevölkerung. Die meisten werden auch dorthin nicht zurückkehren.

In den «umstrittenen Gebieten» haben wir die Situation, dass die KDP in Kleinstädten versucht, ihre eigenen Bürgermeister zu installieren, wobei teilweise auch gewählte Bürgermeister mit Gewalt abgesetzt wurden. Dies hat zu einer sehr prekären Situation geführt, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. In anderen Gebieten bestehen nach wie vor IS-Schläferzellen. Der IS ist zwar nicht mehr in der Lage, grosse Gebiete zu erobern. Terroristen können jedoch immer Bomben bauen, sie finden Unterschlupf und sorgen damit für Destabilisierung.

---

<sup>1</sup> Nach einem Besuch des irakischen Präsidenten Barham Salih (PUK) in Ankara im Dezember 2018 nahm *Turkish Airlines* die Flüge nach Suleimaniya Ende Januar 2019 wieder auf.

## 8. Pressefreiheit in der irakischen Region Kurdistan

Es gibt Pressefreiheit in Kurdistan insofern, als dass jede Partei eigene TV-Sender, Zeitungen und Radiostationen hat. So gibt es eine gewisse Vielfalt. Auch unabhängige Medien gibt es. Aufgrund ihrer finanziellen Situation haben sie allerdings einen sehr schweren Stand und sind auf ausländische Hilfe angewiesen. Es gibt zum Beispiel ein Projekt namens «Kirkuk Now», das unabhängigen Journalismus betreibt. Ohne finanzielle Unterstützung aus dem Ausland oder von NGO stehen sie jedoch auf verlorenem Posten.

Pressefreiheit, Redefreiheit - es gibt sie und es gibt sie nicht. Die Ausgangslage ist lokal sehr unterschiedlich. In Suleimaniya sind in den letzten Jahren Oppositionsparteien entstanden. Dort war das Umfeld immer vielfältiger, als es beispielsweise in Erbil und Dohuk der Fall ist, wodurch es mehr Spielraum für die Meinungsäußerung gibt. Sie können dort auch gegen die Regierung demonstrieren. Anders in Erbil: Als es dort vor ein paar Monaten zu Demonstrationen kam, haben Sicherheitskräfte Teilnehmer zusammengeschlagen. Wenn man in Erbil Interviews macht, kann es passieren, dass zivile Aufpasser zuhören, wie man das aus anderen nahöstlichen Gebieten kennt. Es ist in der Regel aber nicht so, dass Leute wie in der Türkei befürchten müssen, verhaftet zu werden, weil sie Barzani beleidigen oder sich sonst kritisch äussern. Es gibt aber Fälle von Journalisten, die über Korruption recherchiert haben und umgebracht worden sind. Das ist ein grundsätzliches Problem im Irak. In der Türkei wird man vielleicht verhaftet, im Irak umgebracht. Das schüchtert natürlich Leute, die sich mit heiklen Themen beschäftigen wollen, ein.

Die kurdische Gesellschaft befindet sich in einer Umbruchphase. Die alte Generation stirbt allmählich aus, eine neue Generation wächst heran, die mehr Freiheiten will und diese einfordert. Die Region Kurdistan ist ganz sicher kein Musterbeispiel der Demokratie. Das Parlament wurde zeitweise vom kurdischen Regionalpräsidenten einfach suspendiert. Aber es ist auch kein totalitärer Staat oder eine Diktatur. Vielmehr sehe ich eine Gesellschaft, die sich auf dem Weg befindet von jahrelangem Krieg und Widerstand zu einer Art der Semi-Staatlichkeit oder Neuordnung, wo zum Teil die Freiräume begrenzt sind. Ich würde nicht sagen, dass es keine Pressefreiheit gibt. «Reporter ohne Grenzen» hat den Irak ganz oben auf die Liste der für Journalisten gefährlichsten Länder gesetzt. Das sehe ich nicht so. Ich denke, es gibt im Irak teilweise mehr Freiheiten als in der Türkei und in vielen anderen Ländern der Region. Geht man aber harte Themen an, ist man sofort extrem gefährdet.

## 9. Halabja

Halabja, zuvor Teil des Gouvernorates Suleimaniya, erhielt von der kurdischen Regionalregierung 2014 den Status einer eigenständigen Provinz. Zwar stimmte die Regierung in Bagdad einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu, das Gesetz wurde aber vom irakischen Parlament nicht bestätigt, so dass die neue Provinz weiterhin keinen legalen Status genießt. Halabja war 1988 Schauplatz eines Giftgasangriffes der irakischen Regierung auf die Kurden, dem mehr als 3'000 Tote unmittelbar, sodann Hunderte an Spätfolgen zum Opfer fielen.

Beim Unabhängigkeitsreferendum vom September 2017 soll die Wahlbeteiligung laut unabhängigen Wahlbeobachtern maximal 20% erreicht haben. Dies mag überraschen, wenn man bedenkt, wie stark Halabja als Symbol für das kurdische Leiden gesehen wird. Die Ursache für das geringe Interesse der Bewohner an der Unabhängigkeit ist im Gefühl der Leute zu suchen, bloss Spielball der Politik zu sein. Jeder kurdische Politiker wird sofort auf Halabja zu sprechen kommen, eine Wiedergutmachung haben die betroffenen Menschen vor Ort aber nie erhalten. Dennoch hat sich die Gegend entwickelt. Es gibt inzwischen geteerte Strassen, einen Park. Eine kleine Hilfsorganisation hat ein Bürgerradio ins Leben gerufen und bietet seit Jahren Beratungen an. Hingegen gibt es in Halabja keine Hotels, Unterhaltung- oder Jugendzentren. Viele Initiativen gehen von Hilfsorganisationen und nicht vom Staat aus.

Dadurch haben viele Einwohner das Gefühl, als Opfer missbraucht zu werden, um das Leiden der Kurden zu illustrieren, ohne dass sich die Regierung um sie kümmert. Dies erklärt, weshalb die Mehrheit entweder nicht am Referendum teilgenommen oder gar mit Nein zur Unabhängigkeit gestimmt hat.

## 10. Bewegungsfreiheit und Einreise in die Region Kurdistan

Bereits seit der Zeit vor dem IS ist die Bewegungsfreiheit für Araber eingeschränkt. Als ich beispielsweise 2012 aus Bagdad mit meinen beiden Mitarbeitern nach Kurdistan reiste, brauchte ich selbst für die Einreise 20 Minuten. Meine Mitarbeiter hingegen verbrachten Stunden am Checkpoint. Um in die kurdischen Gebiete einreisen oder sich dort niederlassen zu können, benötigen Araber einen Bürgen (arab. *kafil*). Im geschilderten Fall akzeptierten die kurdischen Behörden mich als Bürgen für meine Mitarbeiter, was zur absurden Situation führte, dass eine Ausländerin für Iraker im eigenen Land bürgte.

Erbil war ab 2014 Treffpunkt vieler sunnitischen Politiker geworden, die vor dem IS fliehen mussten. Athil Nujaifi, der damalige Gouverneur der Provinz Ninive, zum Beispiel lebt heute noch dort.

Was Kirkuk betrifft, so haben mir die Kurden bestätigt, dass sie heute wieder problemlos in die Stadt fahren können. Sie behaupten ferner, ganz Kirkuk werde von schiitischen Milizen kontrolliert, welche sie gängeln würden. Ich war vor Ort und kann dies nicht bestätigen. Richtig ist, dass die schiitischen Milizen südlich der Stadt Kirkuk stationiert sind. In der Stadt selbst patrouillieren indes reguläre Sicherheitskräfte. Nach dem Sieg der irakischen Regierungseinheiten in Kirkuk im Oktober 2017 wurden die Strassen zwischen Kirkuk und Erbil von beiden Seiten geschlossen und waren unpassierbar. Inzwischen sind sie wieder geöffnet. Alle Leute, die ich gefragt habe, sagten mir, sie können die irakischen Checkpoints passieren und würden anständig behandelt.

Als Ausländerin konnte ich früher oft sogar ohne irakisches Visum nach Kirkuk fahren. Das war während des Kampfs gegen den IS auch in Mosul und den umliegenden Gebieten möglich, allerdings braucht es dazu Genehmigungen sowohl von den Peshmerga als auch der irakischen Armee. Heute ist dies nicht mehr möglich, für Reisen nach Kirkuk oder Mosul braucht es ein irakisches Visum.

Iraker, die heute auf dem Landweg nach Erbil, Suleimaniya oder Dohuk reisen, müssen sich scharfen Kontrollen unterziehen. Auf kurdischer Seite ist die Angst gross, dass sich IS-Schläferzellen unter die LKW-Fahrer oder die normalen Leute mischen. Die «Grenzübergänge» zwischen Mosul und Erbil werden beispielsweise um 17 Uhr geschlossen. Händler berichten zudem, dass beide Seiten Geld für das Passieren der Checkpoints verlangen, LKW-Fahrer sagten mir, dass sie auf kurdischer Seite z. B. IQD 10'000<sup>2</sup> bezahlten. Das kann man Zölle oder Wegelagererei nennen.

Im Niemandsland zwischen Kurdistan und dem Gebiet unter Kontrolle der irakischen Zentralregierung befinden sich Vertriebenenlager, was bedeutet, dass NGO manchmal erhebliche bürokratische Hürden überwinden müssen, um Hilfe leisten zu können.

Kurden können wie früher, also zwischen 2003 und 2014, in die von der irakischen Regierung kontrollierten Gebiete fahren. Viele vermeiden dies jedoch, weil sie den Arabern entweder nicht trauen oder weil die Überlandstrassen nicht sicher sind, das gilt vor allem für die Strecke zwischen Kirkuk und Bagdad, wo es immer wieder Überfälle gibt. Auf jeden Fall muss man aufgrund der zahlreichen Checkpoints viel Zeit für Überlandfahrten einrechnen.

Die KRG hat ihre eigene Visapolitik. Wer nach Bagdad, den Zentral- oder Südirak reisen will, muss das Visum im Vorfeld beantragen und erhält einen Sticker in den Pass. Für Kurdistan ist das nicht nötig, dort erhält man das Visum bei der Einreise, dieses gilt allerdings ausschliesslich für das KRG-Gebiet, Reisen in den Rest des Landes sind damit nicht möglich.

<sup>2</sup> Ungefähr CHF 8.25 (Umrechnung mit [www.oanda.com](http://www.oanda.com), Kurs vom 17.01.2019).

Im Grunde genommen gilt damit wieder der Zustand wie vor dem Unabhängigkeitsreferendum. Allerdings mussten die Kurden dafür einen gewissen Souveränitätsverlust hinnehmen. Der Preis dafür, dass Bagdad der kurdischen Visa-Politik und der Wiedereröffnung der Flughäfen von Erbil und Suleimaniya für internationale Flüge zustimmte, war, dass die KRG in den Einsatz von Beamten aus Bagdad einwilligte. Diese sitzen zwar nicht an den Passschaltern, doch prüfen sie nun im Hintergrund, wer nach Kurdistan ein- und ausreist. Das wiederum bedeutet: Wer in Bagdad auf der schwarzen Liste steht, kann auch nicht nach Kurdistan reisen.

## 11. Die Wirtschaftslage in der Region Kurdistan

2010 bis 2013 war ein wirtschaftlicher Aufschwung in Kurdistan sichtbar, als ich Ende September/Oktober 2018 vor Ort war, nicht mehr. Die wichtigste Einnahmequelle ist das Öl. Diese Ressource ist gut kontrollierbar, was es der Regierung ermöglicht, klientelistische Netzwerke zu schaffen. Posten und Arbeitsstellen werden aufgrund der Parteimitgliedschaft vergeben, was dazu führt, dass diese Leute auch die Partei wählen. So stabilisiert man die eigene Macht. Die politischen Eliten haben kein Interesse, etwas zu verändern. Die Kurden produzieren aber nicht genug Öl, um ihre Region zu versorgen. Sie sind vom irakischen Öl abhängig, hängen quasi «am Schlauch von Basra». Das werden die Kurden nicht gerne einräumen, aber es ist die Realität. Aus diesem Grunde sehe ich das Szenario eines Zerfalls des Iraks aufgrund ethnischer und religiöser Differenzen nicht. Das Öl hält das Land zusammen, weil alle davon leben und profitieren.

Schmuggel: Kurdistan exportiert heute ganz legal Öl über die Türkei. Zudem gibt es legale Tauschgeschäfte: So liefern die Iraker bspw. Rohöl an Iran und erhalten dies raffiniert zurück oder sie bekommen dafür – wie im Südirak - Erdgas bzw. Strom. Darüber hinaus ist aber auch der Ölschmuggel, wie schon in den neunziger Jahren während des Embargos gegen Irak, ein grosses Thema, sei es an der irakisch-türkischen Grenze, sei es an der irakisch-iranischen Grenze – wie schon in den neunziger Jahren während des Embargos gegen den Irak - ein grosses Thema. Durch den Ausstieg der US-Regierung aus dem Atomdeal mit Iran und der Sanktionen dürfte die Schmuggelwirtschaft zusätzlichen Auftrieb bekommen, vor allem wenn US-Präsident Donald Trump die jetzige Ausnahmegenehmigung für den Irak nicht verlängern sollte.

Auch jenseits des Öls hat es immer eine Schmuggelwirtschaft gegeben, die weiterbesteht. Das geht von Alkohol in den Iran, Zigaretten bis Energie etc. Verschiedene Parteien verdienen an diesen Geschäften. Im Dreiländereck, wo sich die Qandil-Berge mit dem PKK Hauptquartier befinden, sagen die Leute: «Wir sind froh, dass die PKK hier ist, weil sie für Ordnung sorgt. Wir müssen zwar einen Obolus bezahlen, doch wird uns nichts gestohlen.» Der Schmuggel wird weiterbestehen oder gar zunehmen, solange es einen Markt gibt und solange sich Geld damit verdienen lässt. Genau Zahlen gibt es aber nicht.

Lokales Handwerk, kleine Manufakturen gibt es, doch werden Möbel und im Prinzip alles aus der Türkei oder aus dem Iran importiert. Es wird immer wieder gesagt, der Irak sei abgesehen vom Öl eigentlich ein Landwirtschaftsland. Die Wasserversorgung ist jedoch in der ganzen Region kritisch. Das in Plastikflaschen verkaufte Trinkwasser kommt entweder aus der Türkei oder Dubai. Erbil ist z. B. berühmt für seinen Joghurt, der früher bis nach Bagdad geliefert wurde. Heute verkaufen die Supermärkte türkischen Industriejoghurt, den wirklich hervorragenden, von den Bauern produzierten Joghurt gibt es nur noch beim Krämer um die Ecke oder bei fliegenden Händlern am Strassenrand. Ähnliches gilt für andere landwirtschaftlichen Produkte: Es gab früher lokale Tomaten, Aprikosen, Äpfel und Orangen. Heute lohnt sich die Obstwirtschaft für die Bauern nicht mehr. Die Importe aus der Türkei und dem Iran sind so billig, dass die Bauern mit dem Verkauf der eigenen Ernte nicht einmal die Benzinkosten decken könnten. Eine Verbesserung dieser Lage ist aufgrund der Wasserproblematik nicht absehbar.

Im Moment laufen zwischen Bagdad und Erbil Verhandlungen über die Zolleinnahmen der

Kurden. Die Kurden beklagen, dass sie kein oder zu wenig Geld aus Bagdad bekommen. Gleichzeitig lieferten sie in den letzten Jahren aber ihre Zolleinnahmen nicht zuhanden des Budgets der Zentralregierung ab. In diesem Punkt gibt es noch viel Verhandlungsbedarf. Das grösste Problem bleiben jedoch die «umstrittenen Gebiete». So lange es in diesem Punkt keine Lösung gibt, werden die Kurden im Irak beides bleiben – ein Destabilitäts- und ein Stabilitätsfaktor.

Für das Protokoll

STAATSEKRETARIAT FÜR MIGRATION SEM

Direktionsbereich Asyl